

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W 57
Winterfeldstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)
Hauptredakteur: Emil Dittmer Nr. 2746

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags-Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.
Postzeitungsliste Nr. 3164

Verschleppung der preussischen Wahlrechtsvorlage.

Das Dreiklassenparlament hat sich wieder auf fast vier Wochen vertagt und seine Wahlrechtskommission, deren Mehrheit sich ohnehin redlich Mühe gibt, recht viel Zeit mit wirklich überflüssigen, nur sehr, sehr entfernt mit dem Behandlungsgegenstand zusammenhängenden Reden totzuschlagen, ging auch wieder mal in die Ferien, bis zum 11. April. Dann soll die, wie man sich denken kann, überaus einmütige „Beratung“ so „beischlemmt“ werden, daß vor Pfingsten die zweite und dritte Lesung im Plenum beendet sein kann. In die Pfingstferien sollen die 21 Tage Wartezeit fallen, die von dem Staatsgrundgesetz für die nach der genannten Frist zu wiederholende Abstimmung über Verfassungsänderungen vorgezeichnet ist. Sodann ist es anfangs Juni geworden — nun erhält erst das „Herrenhaus“ die Wahlrechtsvorlage zur „sachgemäßen Behandlung“. Man munkelt davon, das Herrenhaus würde sich selbst durch eine tropische Juni-Augusthitze nicht obhalten lassen, die Gesetzesvorläge (Reform des Landtagswahlrechts, Menderung des Herrenhauses, Menderung des Staatsrechts des Landtages) „recht gründlich zu beraten“ und sie deshalb einer Dauerkommission überweisen. Diese würde „wahrscheinlich“ im Oktober, vielleicht auch im November oder erst im Dezember die unangenehmlich schwerwiegende Materie bewältigt haben — die Landtagskommission „berät“ ja recht auch schon bald ein Vierteljahr! — und da das Plenum die abändernden Kommissionsanträge gut heißt, gingen die Gesetzeswürfe verfassungsgemäß zur Reberatung an den Landtag zurück, wo natürlich die beifühellos pflichterfürgen Landboten sich wieder gründlich in die Beratung vertiefen würden. Wieder wäre mit Abänderungen zu rechnen, wieder wandern die Entwürfe in das Herrenhaus — übrigens kein weiter Weg, gleich das Haus nebenan — und wenn die preussischen Lords es für gut befinden, muß der Landtag nach der vorgezeichneten Zeit abermals über Abänderungen „beraten“. Und so weiter mit „Grazie“. Hat sich die Regierung auch darauf eingerichtet, indem sie dem Landtag voridung, keine ordentliche Lebensdauer um ein Jahr zu verlängern?

In der Tat geht die Stallulation der Junfer und Junfer, können dahin, durch eine Verschleppung der Gesetzesverabredung zunächst einmal Zeit zu gewinnen. Man weiß nicht, was sich in dieser an Heberatungen so reichen Strieasart alles noch ereignen kann, und „so Gott will“ wendet sich alles noch zum Behen der Eht Preussen. Es ist nicht zu erkennen, daß sich die Regierung, wenn sie sich nur auf dem parlamentarischen Boden, wie er jetzt beschaffen ist, hält, in der recht schwierigen Lage befindet. 113 Mitglieder zählt der Landtag. Die 113 konservativen, die meisten der 53 Freiwirtschaftlichen und mindestens 50 der 71 Nationalliberalen sind prinzipielle Gegner des gleichen Wahlrechts. Da schon 222 V. abboten die Mehrheit des Hauses bilden, besteht bei

eine große Mehrheit gegen die Regierungsvorlage, zumal auch von den 101 Zentrumsabgeordneten mindestens ein Dutzend am liebsten offen mit den konservativen gingen. Um einen Rechtfertigungsgrund für die erwarteten Umsälle zu haben, hat das Zentrum einen Antrag eingebracht, der für Verfassungsänderungen, die auf dem Gebiete der Kulturpolitik liegen (konfessionelle Schule usw.), künftig eine Zweidrittelmehrheit vorschreiben will. Der Antrag ist zwar in der Kommission abgelehnt, damit aber noch keineswegs erledigt. Das Zentrum will jenen seiner Vertreter, die prinzipiell gegen die Wahlrechtsgleichheit sind, eine Rückendeckung verschaffen und gefährdet damit das Zustandekommen der Wahlreform noch mehr.

Ist aber die Reform durch das Abgeordnetenhaus bürgerlich — noch ist das so unjider, daß wir Vertrauensfesseln dringlich warnen müssen! —, dann tritt das „Haus der Herren“ auf den Plan. Es ist nicht nur für den vorliegenden Fall, sondern allgemein interessant, unseren Lesern zu zeigen, was an „Parlamenten“ im 20. Jahrhundert noch möglich ist. Es sei deshalb die gegenwärtige Zusammensetzung des preussischen Herrenhauses nach dem jüngsten Bericht seiner „Matrikelkommission“ aufzählt. Die erlauchte und hochbede Ritterschicht setzt sich wie folgt zusammen: 117 erblich Veredelte (Prinzen, Fürsten, vor-malige „reichständische Söhne“ u. dergl.), 180 lebens-länglich Veredelte (vorwiegend Gedadel, Ratifundien-, Adelskommissbesitzer, nur 51 Städtevertreter), im ganzen „Veredelte“ 102, wovon 52 „Veredeltungen ruhen“, so daß gegenwärtig 50 Stimmenabgeber vorhanden sind. Von ihnen gehören mindestens 250 dem „Stand“ der Prinzen, Herzöge, Fürsten, Grafen, Barone, Freiherren an, die im hochfendalen Milieu aufgewachsen sind und darin leben. Die Gesellschaft des wackeren Grafen York von Wartenberg, der ganz Preußen als seinen Gutsbezirk ansieht, ist im Herrenhaus er-drückt und groß. Soll im Falle ihrer unerbittlichen Arde der verfassungsgemäß gestattete Peersidub wirklich eintreten, dann dürften ein paar hundert neue Peers „kreiert“ werden müssen, anders erhält die Regierung für ihr Verlangen dort keine Mehrheit. Beabsichtigt die Regierung diesen Wegstreiz? In den Junferkreisen glaubt man daran nicht, wäur allerhand „gefällige Worte“ anzuhören wären.

Warum wird die schon in der Oberbotschaft 1917 und in dem von den Wahlrechtsfeinden als „Erspreiztal des Bethmann Hollweg“ deklarieren Memorialen Erlaß vom 11. Juli 1917 als notwendig und dringend bezeichnete Wahlreform nun so aufreuzend verdrückt? Die Minister Friedberg und Trems haben sich unwesentlich und entschieden für die Wahlrechtsreform ausgesprochen. Der Reichsminister Graf Hertling hat sein Ehrenwort für die Reform ver-

pfindet, sein Stellvertreter v. Payer hat die Realisierung der Wahlrechtsreform als „bald“ bevorstehend bezeichnet. Denn noch geht die systematische Verschleppung weiter! Worauf hoffen die Wahlrechtsfeinde eigentlich? Sie wissen recht gut, daß, wenn die Regierung „alle verfassungsmäßigen Mittel bis zu ihrer Erschöpfung“ anwendet, ihr Wahlrechtsreformvoranschlag verwirkt wird. Dazu braucht sie nicht einmal „bis zur Erschöpfung“ zu gehen, denn hinter ihr steht in diesem Falle die ungeheure Volksmehrheit, die mit der Handvoll Junker und Junkerengenossen leicht fertig würde. Trotz alledem beharren sie in ihrer hartnäckigen Fronte. Warum, weshalb, wenn sie sicher wüßten, daß die Regierung unter keinen Umständen von ihrem Voranschlag abläßt!? Wüßten sie das, dann wüßten sie auch, daß ihr Widerstand nutzlos ist und seine Verlängerung den Parteien der Wahlrechtsfeinde nur immer mehr dem Volkszorn bei den künftigen Landtags- und Reichstagswahlen anseht. Wenn die Verächter der Wahlrechtsreform aber nicht auf ein Zurückweichen der Regierung hoffen,

dann rechnen sie wohl auf das Volk, „den großen Lämmel“, auf das Erlahmen des Interesses des Volkes an der demokratischen Lösung der Wahlrechtsfrage!?

Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Wahlrechtsfeinde auf die Zermürbung des Volksinteresses rechnen und deshalb veräppeln: „Zeit gewonnen, alles oder doch vieles gewonnen“. Die Gewerkschaften sind aber so außerordentlich an dem Abbau der preussischen Junker- und Scharfmacherpolitik interessiert, daß sie nicht zu oft den Kollegen und Stotleginnen zurufen können: Von der preussischen Wahlrechtsreform hängt außerordentlich viel für die deutsche Sozialgesetzgebung, namentlich für die rechtliche Stellung der Gewerkschaften ab! Ist die bisherige Verschleppung dieser Reform schon eine Verhöhnung der Arbeiterschaft, das Vereiteln der Reform kann von den Gewerkschaften nicht ruhig hingenommen werden!

Missstände im Proviantamt Breslau.

Von den Zentralstellen des Reiches ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß Lohnsätze eingehalten seien. Für das Schmeidergewerbe hat das Kriegsministerium auch gefordert, daß die privaten Unternehmer Tariftlöhne bezahlen müßten. Leider scheint der Einfluß des Kriegsministeriums auf seine eigenen Verwaltungsmittel nicht überall groß genug zu sein, um den vorbezeichneten Grundsatze durchzuführen. Das hiesige Proviantamt stellte seinerzeit Handwerker, wie Sattler usw., ein, durch Inerzitate in der Preisse wurden ausdrücklich Sattler, Frächter usw. gesucht. Den eingestellten Handwerkern gab man dann Arbeiterlohn. Von der Einstellung bis heute sind überall die Löhne gestiegen und es besteht überall ein weitestehender Minderwert gegen früher. Die in diesem Betrieb beschäftigten Handwerker hielten es für selbstverständlich, daß ein militärischer Betrieb nicht wesentlich unter Tarif bezahlen könne und stellten durch den Arbeiterausdruck einen entsprechenden Antrag. Ein schriftlicher Bescheid wurde nicht gegeben. Der Arbeiterlohn blieb für die Handwerker weiter bestehen. Eine Beschwerde unseres Verbandes hatte zur Folge, daß die Intendantur eine allgemeine Erhöhung des Lohnes ablehnte, aber für die Handwerker schrieb: „Werden handwerksmäßig ausgebildete Arbeiter an Stelle von Handwerkern mit handwerksmäßigen Arbeiten beschäftigt, so kann ihnen vom Proviantamt ein Betrag von 24 Pf. für die Stunde künftig zugewillt werden.“

Der Arbeiterausdruck berief sich auf diesen Bescheid, der Vertreter des Amtes im Ausschuss machte aber Bemerkungen, die recht deutlich zeigen, daß der Herr ein persönlicher Feind guter Löhne sein muß und ebenso der gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter. Im Zivilleben bezeichnet er sich als Arbeiterssekretär. Sein Gehalt erhält er dann von den katholischen Fachabteilungen, die selbst von den christlichen Gewerkschaften als Interessenvertretungen der Arbeiter abgelehnt werden.

Die Handwerker des Proviantamts können also nach dem Willen der höheren Behörden mehr Lohn erhalten. Die Verwaltung des Amtes verweigert ihnen denselben. Das zeigt doch unzweifelhaft einen erheblichen Mangel an gutem Willen. Gleichzeitg läßt es Schlüsse zu auf die Entlassungen, die das Amt seinerzeit angeblich aus sozialen Gründen vornahm. Das Verhalten des Amtes beweist aber weiter, daß die Beschäftigten desselben notwendig die Organisation brauchen. Niemand weiß, was die Zukunft noch bringen kann und ob dann die Behandlung der Handwerker nicht auch auf die anderen Arbeiter ausgedehnt wird.

An dieser Stelle müssen wir auch einmal zu dem Benehmen des Aufsehers Wendt, Major von Kronprinz, Stellung nehmen. Nach seinem Verhalten muß man geradezu zweifeln, daß er in den Arbeiterinnen Mitleiden sieht. Unsere Ortsverwaltung glaubte seine Heberattise dadurch zu vereiteln, daß sie an das Amt entsprechende Bescheidene richtete. Herr Wendt maßt aber die Entschuldigungen des Amtes dadurch schwer, daß er wahre Tatsachen abstreift. Deshalb wurde vom Amt ausdrücklich gefordert, wenn B. bestimmte Behauptungen abstreift, er sich beleidigt fühlen und unsere Ortsverwaltung verklagen soll. Das ist nicht geheimer Demnach bleibt nur der Weg gerichtlicher Mittel. Wendt ist in der

Breslauer Arbeiterbewegung wegen seines allzu wenig einwandfreien Benehmens schon gut bekannt. Männer wie Frauen, die nicht im Proviantamt beschäftigt sind, haben ihm wegen seines Benehmens seinen Arbeiterinnen gegenüber Dinge gesagt, die jeden anderen veranlassen würden, sich zu ändern oder seine Stellung aufzugeben. Wendt scheint dies aber gar nicht zu beachten. Wenn das Amt nicht eingreift und B. sein Benehmen fortsetzt, so müßte angenommen werden, daß es damit einverstanden ist, daß die Männer für das Vaterland ihr Leben lassen können und ihre Frauen schlecht behandelt werden.

Die beschäftigten Frauen sind an solchen Zuständen auch selbst mit schuld. Der Indifferentismus macht es den Vorgesetzten leicht, sich gehen zu lassen. Deshalb sind aber viele Frauen unorganisiert. Viele können darauf überhaupt keine Erklärung geben. Leider sind manche Frauen noch in dem irdischen Glauben, daß sie durch Viehbindmachen ihre Lage verbessern können.

Dafür finden wir in einem anderen Amt ein recht treffendes Beispiel in einer Vorarbeiterin W. Frau. Ständig schmachtet sie danach, wann die unterrichtlichen Vorgesetzten ihre Gebühre erhalten. Dann veranlaßt sie ihre Mitarbeiter zum Geldsacken, um den Vorgesetzten ein Geschenk kaufen zu können. Natürlich will sie damit brillieren. Allerdings hat sie bei einem der Herren herausgefunden, daß ihm unter der Uniform eine Uhr fehlt. Treu erklärt sie ihren Mitarbeitern, 20 und 30 Pf. werden nicht angenommen, es muß mindestens 1 Mk. sein. Wer es nicht bezahlt, soll schon sehen. Man sieht, sie treibt schon Terrorismus. Daß, barmt sie bei anderen Gelegenheiten, wie schlecht es ihr geht. Tausende Arbeiterinnen sollten einem so widerlichen Treiben entgegengetreten. Wenn Frau W. glaubt, sich durch derartige Maßnahmen bei den Vorgesetzten einzuschmeicheln, dann soll sie dies auf ihre eigene Kosten tun, ihre Mitarbeiterinnen aber damit verschonen. Wenn diese Notiz nicht hilft, dann wird die Verwaltung des Amtes eingreifen müssen, um ihr ihre Sammelwut anzutreiben.

Der beste Schutz gegen solche und andere Inzuchtigkeiten ist die Organisation. Manche Klagen wären unmöglich, wenn alle Arbeiterinnen organisiert wären. Wer es nicht ist, hole es bald nach!

Monatsbericht vom Krieg

Das Weltkriegsgebild hat im März eine gewaltige Veränderung erfahren. Am 1. März 1918 endlich der Friedensvertrag mit Groß-Russland zustande, nachdem die Ukraine wenige Tage vorher den Anfang gemacht hatte. Das sind auch noch Finnland und zumerlegt Rumänien. Die Frieden beigetreten, so daß jetzt die ganze Ostfront im Ruhe sein könnte, wenn nicht in der Ukraine eine in Finnland begonnene Aktion gegen die Polizeiwelt bzw. gegen die „rote Garde“ im Gange wäre, über deren Verlauf machende Berichte weiter vorliegen, die aber im Verhältnis zum Kriegsgeschehen nur als Hintergrundplan zu kommen.

Unter jähem Vorstoß in Hochland, (Eiland, Umland) hatte noch ungeheure Gefangene und Beutegüter aufzuweisen. Nun werden wohl viele dieser Gefangenen bald wieder zum Austausch anfangen, was schließlich auch das Beste ist.

Am 13. März ist dann der deutsch-russische Friedensvertrag vom Sowjet mit 724 gegen 276 Stimmen ratifiziert worden. Allen Wünschen zum Trotz hält sich die Lenin-Regierung auch weiterhin. Unschmeichelhaft — so versichert wenigstens Petrow (der russische Botschafter in Berlin) — geht sogar eine weitere Erstarkung der Bolschewiki vor sich und die inneren Schwierigkeiten mindern sich.

In der Westfront aber tobt seit dem 21. März 1918 die gewaltigste Schlacht aller Zeiten. Alle großen Offensiven der Westmacht sind in den Schatten gestellt durch die deutsche Durchbruchoffensive, die in den ersten drei Tagen in einer Breite von reichlich 80 Kilometer zwischen Cambrai und La Fère gewaltige Fortschritte machte, die drei feindlichen Stellungen durchbrach und den jahrelangen Stellungskrieg zum Bewegungskrieg umformte. Diese drei ersten Schlachttage brachten bereits 50 000 Gefangene, 600 Geschütze sowie unzählige Beute an Kriegsmaterial und Proviant. Auch die weiteren Kampftage brachten für die deutschen Truppen enorme Fortschritte. Im Süden an der Côte wurde Royon erreicht, im Südwesten Montdidier, der wichtige Eisenbahnknotenpunkt; im Westen von St. Quentin aber sind unsere Truppen über 60 Kilometer vorgedrungen und stehen 10 bis 15 Kilometer vor der wichtigsten englischen Kriegszentrale Amiens. Weiter nördlich ist Albert, ein wichtiger Waffenplatz, genommen.

Hat sich auch das Tempo des Fortschritts in den letzten Märztagen etwas verlangsamt, so ist doch der Widerstand der englisch-französischen Heere noch immer nicht stark genug, dem weiteren Vordringen Einhalt zu tun. Über 75 000 Gefangene, 1100 Geschütze, ungezähltes Kriegsmaterial fielen bis dahin in unsere Hände.

Dieser Schlag ist zwar noch nicht die Entscheidung, aber die Einleitung dazu! Die Durchdringung des Ringens ist schier unvorstellbar, und auch das französische Hinterland bekommt in verstärktem Maße die Schreden des Krieges zu spüren. Während die Franzosen mit Fernschüssen auf Laon feuern, wo die französische Zivilbevölkerung zahlreiche Opfer lieferte, ist in Paris zeitweilig eine förmlich: Panik ausgebrochen, da es aus zirka 120

Kilometer Entfernung mit deutschen Flugzeugen bombardiert wird!

Der U-Boot-Krieg brachte im Februar wieder 60 000 Tonnen Versenkung, seit 1. Februar 1917 insgesamt 10 27 Millionen Tonnen; seit Kriegszugang sogar 13,1 Millionen, davon 9,4 englische. Das zu erreichen durch Neubauten oder Beschleppnahme hölländischer, schwedischer oder sonstiger neutraler Schiffe, wie es jetzt versucht wird, erscheint unmöglich. So steigt das Hungergeispeiß, mit dem die Zivilbevölkerung Deutschlands seit Jahren freudenswillig gemacht werden sollte, am englischen Horizont immer bedrohlicher.

Gemeinlich an den kriegerischen Vorgängen im Westen, und die politischen Vorgänge im März weniger bemerkenswert. Die Medien der feindlichen Staatsmänner erschöpfen sich in Wiederholungen. Interessant ist allenfalls die Mitteilung des Grafen Czernin, daß Frankreich jetzt vor unserer großen Westoffensive an Oesterreich eine Friedensanfrage gestellt hat. Als dann Oesterreich im Einvernehmen mit Deutschland verkündete, daß dem sofortigen Frieden nichts entgegenstehe als der französische Verzicht auf Elsaß-Lothringen, habe Clemenceau (der französische Ministerpräsident) die Verhandlungen jäh abgebrochen! So nahe stand man dem Frieden und so unvernünftig hatten die Franzosen auch in dieser verzweifelten Lage an ihrem „Kriegsidiot“ fest.

Der Einmarsch japanischer Truppen in Sibirien ist trotz mehrfacher Ankündigung noch immer nicht erfolgt, da Amerika nicht mitmachen will. Ueberhaupt muß sich Amerika etwas mehr beeilen, wenn es noch eine wirkliche militärische Hilfe für die Entente werden will, denn die Vorgänge im Westen reifen schnell zu weittragenden Entscheidungen.

Ueber Kriegsschuld und Kriegsausbruch haben die Enthüllungen des Fürsten Lichnowsky einige neue Aufschlüsse gebracht. Andererseits ändert das nichts an der Tatsache der vollen Verantwortlichkeit der Ententemächte an der Kriegsverlängerung. Angesichts der fürchterlichen Vorgänge im Westen ist die Aufzählung in weiten Kreisen vorhanden: wenn der Verständigungsfrieden so andauernd von den Westmächten abgelehnt wird, bleibt eben keine Möglichkeit, als den Frieden durch die Waffen zu erzwingen. Möge dies so bald wie möglich gelingen, damit das Friedenswerk für Kultur und Gerechtigkeit mit verstärkten Kräften wieder aufgenommen werden kann.

In Mazedonien!

Unser Kollege W. Lippert: Hauptbureau hat nun bereits eine 44monatige, überaus mannigfaltige Kriegstätigkeit hinter sich. Im nachfolgenden schildert er in anschaulicher und interessanter Darstellung Reise und Aufenthalt in Mazedonien. Möge ihm wie allen im Felde befindlichen Kollegen der Friedenstern recht bald sichtbar werden, nach dem wir alle so sehnsüchtig Ausblick halten! D. Red.

„Dauernd g. v. Feld“ lautete das Urteil der Generalmusterungskommission für mich im November 1917. Nun war wieder einmal guter Rat teuer.

Zwei russische und einen ostpreussischen Winter hatte ich als Kriegsteilnehmer hinter mir, der vierte hatte seine Biltenkarte bereits gleich nach Neujahr in Ostpreußen abgegeben. Ich beschloß, mich jener strengen Herrschaft nicht zu unterwerfen und entschied mich, da sich günstige Gelegenheit bot, diesmal kurzerhand „für den Süden“.

Zum 5. Mal hieß es in meinem abwechslungsreichen Kriegsknechtelben — paden. Kurz und schmerzlos war der Abschied von neuemommenen Freunden, die alte Kameradschaft des Regiments „v. Hindenburg“ war im neuen Wirkungskreis nie vorhanden gewesen.

Der Schneesturm, der Mitte Januar über Ostpreußens Flur mit Stärke 10—12 dahinfegte, machte mir das Scheiden noch leichter, zog ich doch nach „dem vielgeprüfeten Süden“. Es war, als wollte es mich nicht fortlassen aus den ungaslichen Gefilden ostpreussischen Herrentums. Das Dampfrohr erwies sich als starker und ging aus dem Kampf mit Schnee und Sturm, unter zeitweiligen 4—5stündigen Verschnäufen — allerdings mit 16stündiger Verspätung —, auf der Straße Königsberg—Berlin, als Sieger hervor.

Auch Berlin lag im Schnee begraben. — Nach kurzem Aufenthalt an der Stätte ehemaligen Wirtens und Schaffens weiter über Dresden nach Birna. Schon wenige Kilometer hinter Berlin war der Bornnarsch des „Generals Winter“ zum Stehen gekommen. Grün glänzten die Winterjaaten im gemietlichen Sackfen und ein tiefdunkler Abendrot versprach „Schön Wetter“. Es hielt Wort bis zum Endziel meiner Fahrt.

In Birna gab es 24stündigen Aufenthalt, Einquartierung im unheimbaren Gewerkschaftshaus mit seinem großartigen von deutscher Arbeiterorganisationstrakt zugehenden Saal. Welche Gedanken mein Gehirn durchkreuzten, als ich in der Gaststube die Adressen der im Ort anfalligen Gewerkschaften und ihrer Vertrauensleute und der Parteioorganisation las, erlaßt er mir zu schreiben. — Angenehm über-

rascht war ich am Morgen des nächsten Tages, als ich neben dem scheibbaren Gebäude eine solid ausgestattete Verkaufsstelle des Konsumvereins und rechts eine Verkaufsstelle des Arbeiter-Radfahrerbundes Solidarität entdeckte. — Welch ein Kontrast gegenüber Ostpreußen.

Der Abend des nächsten Tages sah mich vor den Toren Wiens. „Marstürme“ gingen durchs Böhmerland, Oesterreich und Ungarn. Die heftigste Fahrtunterbrechung in Wien und Budapest mußte aus diesem Grunde ausfallen.

Herrlich war die Fahrt durch Ungarn. Leuchtender Sonnenschein — dunkelblauer Sommerhimmel. Vorbei an schmunen, weitgetühten Bauernhäusern, großen Dörfern, gepflegten Wiesen und Äckern, ausgedehnten Weingärten und unübersehbaren Weisfeldern. Bald umfing mich die sagenhafte Puhla und in östlicher Richtung, beleuchtet von der im Westen stehenden Sonne, grühten von der rumänischen Grenze die Transsilvanischen Alpen.

Bei der Station „Jar Ferdinand“ nahm ein großer Teil meiner Mitreisenden von mir Abschied, sie fuhren durch Bulgarien nach Konstantinopel ins „gelobte Land“. Ich erhielt telegraphische Order nach D. über Nisch—Ueskü—Gradsko—Hudowa.

Nach sumnte mir der Kopf etwas vom genossenen Ungar, als die Lokomotive hinter Belgrad sich pulsend und schnaufend den Weg ins Gebirge durchs Land der Serben bahnte. Laßt mich mein Urteil über die Qualität dieses Landes mit den Worten des „Eisernen Kanzlers“, die jener einmal, wenn ich nicht irre, auch anlässlich endrohenden Balkanwetters gebrauchte, zusammenfassen: „Es ist nicht die Knochen eines einzigen pommerischen Grenadiers wert.“

Wo! kann sich der Naturfreund berauschen an der Esenerie, die vom Bahnfenster aus gesehen von Minute zu Minute wechselt, am wildromantischen Bardartal, am Bardar selbst, der keine tieferen Wogen zwischen himmelanstrebenden Felsen rauschend durchs „Eiserne Tor“ zwängt, bevor er in gemächlicher Fahrt durch die Ebene den Golf von Saloniki gewinnt.

Höher und höher ging's, kälter und kälter wurde es. Die Vorposten einer zweiten Armee des „Generals Winter“ lugten von schnee behangenen Berggipfeln ins Land.

Erst nach Passieren des „Eisernen Tores“, der Wasserleiche, der ehemaligen Grenze des alten Türkenreiches, wurde es wieder „südlischer“.

Bereits ab Veles hatten Einwohnerdörfer — wenn man die zerfallenen Steinhausen als solche bezeichnen darf —, die gleich

werden außerdem die Lohnfortzahlungen je nach der Kinderzahl auf 75 bis 100 Proz. erhöht. Die finanzielle Wirkung dieser Beschlüsse wird eine Mehrbelastung von rund 300 000 Mk. bringen. Der Rechts- und Finanzausschuß war aber der Ansicht, daß die Stadt die Verpflichtung habe, diese Mehrausgabe auf sich zu nehmen, um als soziale Verwaltung die Not ihrer Arbeiter und Angehörigen nach Kräften zu lindern; die Bevölkerung werde das sicher bestehen. Nach längerer Debatte wurde die Vorlage einstimmig angenommen. Damit sind die Forderungen unserer Kollegen leider nicht voll in Erfüllung gegangen. Aufgabe aller Organisierten ist es nun, für Kräftigung unseres Verbandes Sorge zu tragen.

• Aus unserer Bewegung •

Darmstadt. Am 24. Februar erwiderte die hiesige Filiale für die Auerhausarbeiter des Gaswerks den Antrag auf Einführung der Achtstundenschicht ein und verlangte bis 15. März Antwort, da die Arbeiter auf keinen Fall mehr die bisherige menschenwürdige Arbeitsweise fortsetzen wollten. War doch auch die 24stündige Arbeitsschicht noch da, eine Schicht, die bei den gegenwärtigen Ernährungsverhältnissen direkt als Kanibalen an der Gesundheit gezehnt werden muß. Im Betrieb waren 8 Öfen zu je 9 Retorten. Siebenmal in der Schicht wurde chargiert, also in 12 Stunden 8 mal 3 gleich 24 mal 7 gleich 168 Retorten geleert und gefüllt, und zwar bestand die Ladung aus 270 bis 300 Kilogramm pro Retorte, obgleich zum Teil von Sand geladen werden muß. Es ist vorgekommen, daß die Arbeiter von abends 7 bis morgens 3 Uhr ununterbrochen gearbeitet haben. Trotzdem tat die Gaswerkdirektion ihr Möglichstes, die Achtstundenschicht zu hintertreiben. Sie ließ die Arbeiter antreten und fragte sie einzeln wie im gesamten, ob sie die Achtstundenschicht wollten. Aber die Arbeiter blieben feil, und so hat denn die Stadtverwaltung nach einem Augenblick durch Stadverordnete die Einführung der Achtstundenschicht beschlossen. No 1. April soll sie eingeführt werden.

Kürsternwalde. In der Stadtverordnetenversammlung am 6. März stellte die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion den Entlastungsantrag, den städtischen Arbeitern weitere 40 Proz. Arbeitsentgeltzulage zu gewähren. Der Antrag wurde angenommen. Daraufhin erhielten die Beschäftigten pro Tag 1 Mk. Zulage.

Landau. Im Laufe des Dezember hat die bayerische Staatsregierung ihren Beamten und Arbeitern eine einmalige Teuerungszulage von 60 Mk. für Ehepartner und 30 Mk. für jedes Kind gewährt. Den Städten hat sie empfohlen, ein gleiches zu tun, worauf auch die hiesigen Kollegen dem Bürgermeisterrat einen

diesbezüglichen Wunsch ausdrückten. Am 18. Januar hat die Stadtverordnetenversammlung diese Zulage für die Arbeiter beschlossen, aber erst am 1. März nachdem Beamte und Lehrer längst ausgezahlt waren, haben auch die Arbeiter dieselbe erhalten. Eine weitere Eingabe um Lohnhöhung schwebt noch, ebenso haben die Gasarbeiter Lohnanträge eingereicht. Wie kleinlich sich die Stadtverwaltung von Landau benimmt und wie ihr die königliche Regierung der Pfalz dabei assistiert, werden wir demnächst darlegen. Im Gaswerk selbst herrschen traurige Verhältnisse. Die gesamte Entlohnung nebst allen Zulagen beträgt für 24stündige Schicht täglich 5,70 Mk. Im Winter sind schon den ganzen Winter über zerbrochene Fensterscheiben, so daß es darin eiskalt ist; dabei kommen die Arbeiter durchschwitzt und naß in den Raum. In den Aufenthaltsräumen regnet es herein, er ist auch nicht beheizt, auch ist keine Kochgelegenheit vorhanden (im Gaswerk!). Matten und Kissen freijen den Arbeitern das Pflaster, trotzdem es möglichst frei aufgehängt ist. Die Leute mühen sich zum Essen im Eienhaus aufhalten, wo ihnen Rauch und Staub aufs Gesicht fällt. Dieses Colorado hat die Gewerbeinspektion bis jetzt nicht entdeckt, sie scheint hier und da nicht auf zu sehen. Allerdings tragen auch die Gasarbeiter einen Teil der Schuld, denn erst in jüngerer Zeit haben sie den Weg zur Organisation gefunden. Sollte im Gaswerk keine Abhilfe geschaffen werden, werden dem Stadtverordnetenkollegium entsprechende Anträge unterbreitet werden müssen. Bürgermeister in diesen ozeanischen Zuständen ist Herr Mgl. Bayerischer Geh. Hofrat Mahrle, der zwar nicht arbeiterfeindlich sein will, aber methwendigerweise herrschen unter seinem Regime die mäßigsten Verhältnisse. Offenbar hat er auf den Majestät, wenn es Arbeiterwünsche durchzusetzen gilt, so gut wie keinen Einfluß.

Mainz. Am 24. März fand im „Goldenen Flug“ eine öffentliche Versammlung statt. Stadiv. Seel sprach über: „Die Aufgaben in der nächsten Zeit für die deutsche Arbeiteridat“. Der Redner wies auf die Vorkämpfer der Arbeiter hin, die eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse zu verbessern. In seinen weiteren Ausführungen betonte der Redner, daß die Arbeiter sich in allererster Linie ihrer Organisation anhängen müßten. Stadiv. Seel sprach über: „Das Zeitungswesen“ und forderte alle Anwesenden auf, dafür zu sorgen, daß in jeder Arbeiterfamilie auch die „Volkzeitung“ gehalten wird. — Neben Rednern wurde für ihre Ausführungen reichlich Beifall geendet. In der Diskussion wurde scharf getadelt, daß die Bürgermeisterei den Arbeitersidat auf ihre Eingaben keinen Besch. id zutommen läßt. Es wurde hierauf folgende Entschlieung einstimmig angenommen: „Die am 24. März 1918 im „Goldenen Flug“ tagende öffentliche Versammlung aller in den städtischen Betrieben der Stadt Mainz beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen protestiert ganz entschieden gegen

Kopf geschlungen, einen breiten, knallroten Gürtel über den Leib befestigt. In ihrer Zerklümptheit bieten sie in den grellen Farben ihrer Bekleidung ein malerisches Bild, das bei Betrachtung der narbendurchfurchten, braunen, zum Teil von weißen Bärten umrahmten Gesichter noch verstärkt wird.

Der bulgarische Kavallerieposten begrüßt uns am Eingang des Dorfes mit einem freundlichen: „Dobär den Germanstki“. Auch hier im Dorf A. unregelmäßig im Gelände zerstreut, nordöstlich gedeckte Häuser, ungeworfenes Steinhäufen gleichend. In der ungespalteten, krummen und schiefen „Hauptstraße“ herrscht reges Leben. Unter viel Gelächre treiben Türken und Bulgaren hochbehackte Tragtiere vorbei zur Front. Tief verkleidete Frauen hupfen über die Straße. Vor der Sonnenseite der Straße an den Häusern entlang, hodend und stehend, faulenz Jung und Alt, die unentbehrliche Zigarette oder kleine fertliche Pfeife zwischen blendend weißen Zähnen. Die primitiven Verkaufsstände der Bäcker usw. wirken ob der geradezu vorantastlichen Badeinrichtung, die gleich im Laden (!) zu sehen ist, verblüffend. Doch hinein ins Cafe. Die Teestube des polnischen Juden umstiegen Bedentens: ist ein Salon gegen dies Cafe. In vierbecker großen Tassen wird der braune Trank, stark gesüßt, von Ahmed, einem tadellos deutsch sprechenden Türkenjüngling, kredenz. Mir mundet das Zeug nicht. — Hinans aus dieser Atmosphäre. Vor dem Nebentladen bieten wir stehen. Ein Koch bratet auf offener Strafe allelei ledere Gerichte, wahrhaft biblische Kochtopfe benutzend. Auf Platten goldgelbe, schon braungebackene Maisfuchen bannen die Blicke der Jugend. In der Pfanne, noch in der Zubereitung begriffen, aus Bohnen, Zwiebeln, Paprika, Mais, Del ein undefinierbares Etwas, hebt die Augen der Alten auf sich. 2 Lev oder 1,60 Mk. mußt Du schon anwenden, um in den Genuss dieser süßduftigen, paprika-arosen Bohnenmasse zu gelangen. Am nächsten Stand süße und saure Milch, kleine in Del gebackene Kuchen, welche viel gekauft werden. Das Betreten der türkischen Häuser ist verboten — weil „haram“, sie sind kenntlich an einem an der Tür gehängten bunten Teppich. Die schnell eintretende Dunkelheit zwängt uns zur Umkehr.

Großartige Farbenbilder zaubert die auf und untergehende Sonne auf die dicht an den Hain herantretenden Berge. Fast rosa schauend liegen am Morgen die schneebedeckten Gipfel des Wislata-Guts (Dreisprachere: Bulgarien, Griechenland, Serbien) und des Malaraiva, blauschwarz die tieferen Partien, dazwischen wahllos verstreut auf halber Höhe grüne Busche, winzige gelbe und braune Fleckchen, welches Geröll dazwischen leuchtend. Stimmungsbilder

für Maler, die selbst den Laien staunend bewundernd fesseln. Zu arm ist die Sprache, um diese Reize zu beschreiben. Die Farben wechseln je nach der Beleuchtung, verschwinden eigentlich nur in der grellen Mittagssonne und vereinigen sich des Abends bei sinkender Sonne zu wahren Farbensymphonien. Es glüht, glänzt und leuchtet dann auf den Höhen, daß Du vor Bewunderung alles um Dich vergißt.

Falt schlagartig legt die Nacht ein, eine langandauernde Dämmerung gibt es hier unten schon nicht mehr, wie es auch einen Liebergang vom Winter zum Frühling und zum Sommer, wie wir ihn kennen und schätzen gelernt haben, nicht gibt. Empfindlich tuhl sind die Nächte. Nie sah ich die Sterne prächtiger glänzen und des Mondes Sichel scharfer am Firmament stehen wie hier. Den Stern des Friedens, den ihr in östlicher Richtung schwach schimmernd am Horizont beobachten könnt, konnte ich hier unten, trotz eifrigen Suchens, noch nicht entdecken. Lange wird es noch dauern, bis kein Licht allen Menschen strahlt, alles verklärend mit seinem Schein und alle beglückend.

Und dann noch zum Schluß etwas vom Auerbesuch. Das Herannahen feindlicher Auerer wird hier durch Hornsignal verbunden. Erönt es 3—4mal, dann ist's weiter nicht aufregend. (Für jeden Auerer ein Signal.) Bei 8—10 wird Dir schon bedeutend ungemütlicher. Erönt es 16—20mal oder 21, daß Du Dich beim Zahlen vergaloppierst, dann ist's Zeit, daß Du die Bude verläßt und den bombenrundern Heidenteller aufsuchst. Ueberstiegen sie das Sperrgebiet in der Luft, das zur Versteigerung des ruckwärtigen Geländes gezogen ist, dann krachen von allen Bergen die versteinerten „Jat“ (Artilleriegeschütze). Ein weißes Schrapnellwölkchen neben dem anderen steht dann am azurblauen Himmel, große schwarze Rauchwolken der Granaten dazwischen. Immer höher steigen die Tadesovogel trotz des Hagels von Blei und Eisen, und nach wenigen Minuten sollen klatschend, unter ungeheuren Getöse explodierend, die ersten Bomben ins friedliche Tal, Tod und Verderben bringend.

Im Freien bist Du durch die herumstürzenden, surrenden Eisenstücke sehr gefährdet, aber im Heidenteller ist es mir noch ungemütlicher und anderen auch. Im Freien unter einem großen Baum nehme ich „volle Deckung“.

In mondhellten Nächten verursachen die in der Luft platzenden Geschosse ein Brillantfeuerwerk mit Schlachtmusik. Die vollig Unsichtbarkeit der Auerer, nur hörbar durch ein leises Surren des Motors, wirkt dann unheimlich. Wenig Ruhe gibt's dann in solchen Zeiten.

die Art und Weise, wie die Stadtverwaltung die Eingaben der städtischen Arbeiter behandelt. Am 18. Dezember 1917 reichten die Arbeiterausschüsse im Auftrag der städtischen Arbeiter eine Eingabe auf Erhöhung des Grundlohnes ein, mit dem Ersuchen, zur mündlichen Begründung eine Verhandlung mit den Arbeitersausschüssen stattfinden zu lassen, die Eingabe der Stadtverwaltung zu unterbreiten und gefälligen Bescheid zu erteilen. Bis heute, also nach Verlauf von 3 Monaten, sind die Antragsteller noch ohne jede Nachricht über das Schicksal der Eingabe. Die Versammelten nehmen daher an, daß die Bürgermeisterei den Stadtverordneten die Eingabe nicht vorgelegt hat. Darin erblicken die Versammelten eine Mißachtung ihrer Stadtbürgerrechte. Sie erlauben daher die verehrliche Stadtverordnetenversammlung, einen Beschluß zu fassen, der dahin geht, daß die Bürgermeisterei verpflichtet ist, alle Eingaben und Anträge der städtischen Arbeiter, welche an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet sind, derselben alsbald vorzulegen. — Ebenso protestiert die heutige Versammlung gegen die Ablehnung der Anträge und Wünsche, die dahin gehen, daß die Arbeitersausschüsse und der Vertreter der gewerkschaftlichen Organisation der städtischen Arbeiter auf ihren Wunsch zur mündlichen Begründung ihrer Eingaben und Anträge gehört werden. Die Versammlung gibt sich der Hoffnung hin, daß die Stadtverordnetenversammlung diesen reaktionären Standpunkt der Stadtverwaltung durch einen diesbezüglichen Beschluß bereinigen wird. Dies erscheint um so notwendiger, da die hohen und höchsten Staats- und Reichsbehörden die gewerkschaftlichen Organisationen und deren Vertreter als die legitime Interessenvertretung der Arbeiter anerkannt haben. Die Leitung der Versammlung wird beauftragt, diese Entschiedenheit der Stadtverordnetenversammlung zu übermitteln, damit die Stadtverordneten über den Unmut der städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen gegen die Stadtverwaltung unterrichtet sind.

Mannheim. Unter: Mittags 12 Uhr am 16. März im „Rodenheimer“ eine gut besuchte Versammlung für alle städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen ab. Ein Antrag auf Lohnerböhung stand zur Debatte. Referent war Gauleiter H. Fürner-Strahburg i. E. Er beklagte, daß seit der letzten Lohnerböhung die Preissteigerungen nicht aufgehört haben. Der Antrag auf Lohnerböhung sei deshalb berechtigt. Die rückwirkend ausgezahlten Gelder sind wieder aufgebraucht, indem die hohen, Wohnungsmiete, Milch, Butter, Kleidungsstücke, Wäsche usw. weiter im Preise steigen. — In der Diskussion nahm Gauleiter Schmitz das Wort und ergänzte die Ausführungen des Vortragners bezüglich der Finanzen der Stadtgemeinde Mannheim. Von einem Redner wurde betont, daß bei der Direktion der Fabr. und Güterverwaltung bis heute die Auszahlung der zugestandenen Gelder noch nicht voll in Ordnung gebracht ist. Folgende Resolution wurde einhellig angenommen: „Die heute, den 16. März, im „Rodenheimer“ außerordentlich zahlreich versammelten städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen aller Betriebe stellen mit Bedauern fest, daß die Aufwärtsbewegung der Preise noch immer anhält. Wohl ist bei den Preisen einzelner Lebensmittel eine gewisse Stetigkeit eingetreten. Dafür steigen aber die Preise für die wichtigsten Bedarfsartikel, deren Anschaffung sich beim besten Willen oft nicht umgehen läßt, um so schneller und sprunghafter. Nun verkommen die Versammelten nicht, daß die Stadtverwaltung im letzten Jahre erhebliche Summen für die Befriedigung ihrer Beamten und Arbeiter aufgewendet hat. Sie müssen aber leider feststellen, daß die genannte Befriedigung des Einzelnen, abgesehen von der Lohnerzulage, die schwer zu berechnen ist, nicht mehr wie 40–50 Proz. gegenüber Friedenspreisen beträgt. Damit aber läßt sich keine Teuerung überwinden, die das Doppelte bis Dreifache der Friedenspreise erfordert. Die städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen sehen sich deshalb genötigt, erneut an die Stadtverwaltung heranzutreten mit dem Antrage, den Lohn der Arbeiter um 1 Mk., der Arbeiterinnen um 80 Pf. täglich zu erhöhen, und glauben, um so eher auf eine Vermeidung dieser Bitte rechnen zu dürfen, als auch Landtag und Landesregierung ihren Beamten und Arbeitern eine Verbesserung in ähnlicher Höhe haben zuteil werden lassen und auch die Zulagen in der Privatindustrie erheblich höher wie die städtischen eingetragene Lohnerböhung sind. Die Versammlung beauftragt deshalb den Gemeindefacharbeiterverband, unterzüglich die nötigen Schritte zu tun, um diese Anträge einzurichten.“

Worms a. Rh. Von unserer Straßenbahn ist allgemein bekannt, daß sie mit zu jenen Betrieben gehört, in denen es Arbeiter und Angestellte nicht lange aushalten. Wie die ersten Kriegsjahre schädigten aus dem Heere entlassen wurden, wurde der Versuch gemacht, diese soweit wie möglich auch an der Straßenbahn zu beschäftigen; doch mußten sie, wenn sie nicht von selbst gingen, zum größten Teil bald wieder ausscheiden. Seit dieser Zeit wird vorwiegend nur weibliches Personal beschäftigt. Der Lohn ist in Anbetracht der Teuerung, wie in den übrigen städtischen Betrieben, nur sehr mäßig, dafür die Behandlung aber schlecht. Es ist ja auf allen Straßenbahnen verboten, sich mit dem Wagenführer bzw. der Wagenführerin während der Fahrt zu unterhalten. Im Interesse der Sicherheit des Verkehrs ist dies auch erforderlich. Doch ist es oft recht schwer für die Wagenführerinnen, wenn immer wieder Fragen von den Passanten an sie gerichtet werden, keine Antwort zu geben. In Worms ist der Wagenführerinnen die Arbeit

das Laden verboten. Wer lacht, erhält, wenn der gestrenge Oberkontrollleur oder einer der Hilfskontrollleur es sieht, das erste Mal 1 Mk. und im Wiederholungsfall eine höhere Strafe. Mag ein Straßenbild noch so sehr zum Lachen reizen, die Wagenführerinnen darf keine Miene zeigen, sonst steht es Strafe. Es sind nur Fälle bekannt, wo Angestellte, die schon längere Zeit im Dienst sind, in 14 Tagen für Kapitalien 5 Mk. und mehr Strafe erhalten haben. Man gewinnt den Eindruck, als wenn der neue Oberkontrollleur Herr Wedekämpfer, es darauf anlegt, die Angestellten, die schon längere Zeit fahren, außer Stellung zu bringen. Soll er doch vor sichbedeutlich geäußert haben, ich bin kein Feind — so ließ sein Vorgänger — und lasse mich nicht kauen. Wenn diese Worte einen Sinn haben, ist es nur der, daß die Angestellten Herrn Weide gekauft haben. So was es aber nicht. Herr Weide hat nämlich der Angestellten auf Wunsch Urlaub gegeben, denselben aber nicht gemeldet, so daß sie trotz des Urlaubs ihren vollen Lohn erhielten. Am Sonntag forderte er dann den Lohn für die Urlaubstage zurück mit dem Bemerkten, er habe den Urlaub nicht gemeldet und müßte den Lohn wieder ins Rathaus tragen. Was können nun die Angestellten dafür, wenn der Oberkontrollleur nicht erblich ist? Sollten sie den Oberkontrollleur kontrollieren? Besonders scharf ist aber der Hilfskontrollleur Heßler. Man erzählt allgemein, daß er in einem Monat 70 Mk. — in Worten hiezig Mark — Ordnungstrafe eingebracht hat. Aber er ist auch ein Mann der Tat. So jagte er erst kürzlich eine verheiratete Wagenführerin auf dem Markt und anderen wurden bereits Schläge angedroht. Die Ausdrücke, die er sich den weiblichen Angestellten, meist Arbeiterinnen und Arbeiterinnen, gegenüber erlaubt, haben wir verschiedentlich in einem Verleihen gesucht. Ein langjährig persönlich empfundener Mißstand wird jetzt unter der Leitung des Herrn Oberkontrollleurs Wedekämpfer bald beseitigt sein, nämlich daß auch die weiblichen Angestellten immer mit einer besonderen Ehrenbezeugung ihren Vorgesetzten entgegenzutreten. In den Amtsstunden wurden wieder jetzt den Schaffnerinnen und Wagenführerinnen beigebracht, den Herrn Oberkontrollleur militärisch zu grüßen. Wie verheben wird sich den Widerwillen der Angestellten gegen diese Anordnung nicht. Ein besseres Mittel, Anfallen im öffentlichen Verkehr vorzubeugen, gibt es ja nicht, als wenn das Personal den ganzen Tag darauf achten muß, ob auch der Oberkontrollleur irgendwo steht, um ihn in der Hand an der Hüfte zu greifen. Läßt sich diese außerordentlich feigenweise Einrichtung nicht auch auf das Publikum anwenden? Mit Strafen ist dies leider nicht zu erlangen, vielmehr aber dadurch, daß man die Widerpenningar vom Verkehr ausschließt. Ohne wenn Ehre pflückt. — Den städtischen Arbeitern und Arbeiterinnen können wir auch hier nur raten, sich ihrer Organisationen anzuschließen, damit solche Mißstände beseitigt werden.

• Aus den deutschen Gewerkschaften •

Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände. Am 25. und 26. März sind in Berlin eine Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände statt, die an erster Stelle den Geschäfts- und Massenbericht der Generalkommission entgegennahm. Der gedruckt vorliegende Bericht stellt eine kritische Strenge der gewerkschaftlichen Mitgliederzahlen von 1.006.257 Ende 1916 auf 1.142.000 Mitglieder am Jahresabschluss 1917 fest, woraus sich ergibt, daß trotz der Kriegszeit eine Anzahl neuer Kräfte für die gewerkschaftliche Bewegung gewonnen wurden. Nach dem Massenbericht betragen die Jahreserlöse der Generalkommission pro 1917 413.904,81, die Jahresausgaben 527.974,09 Mk. Der Nettobetrag von 114.000,22 Mark wurde aus dem Vermögen der Generalkommission gedeckt, das von 338.217,28 Mk. auf 224.148 Mk. zurückgegangen ist. Auf weiteren Einzelheiten des Geschäfts- und Massenberichts gehen wir in einem besonderen Artikel ein. Der Bericht wurde von Legein in mündlichen Ausführungen ergänzt, die sich auf Verhandlungen mit dem Reichswirtschaftsamt über die Geltendmachung gewerkschaftlicher Forderungen betreffs Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung in der Friedensverträge, auf die Organisation der Volkswirtschaft und die Vertretung der Gewerkschaften in derselben, auf den Beitritt zur Gesellschaft für soziale Reform und auf das Ersuchen von Angestellten der Generalkommission um eine abermalige Teuerungszulage erstreckten. Obgleich das Reichswirtschaftsamt geringe Neigung zeigte, die Friedensverträge mit sozialpolitischen Vorbedingungen zu verquiden, hat sich doch der Reichstag fast einstimmig für die Aufnahme solcher Abmachungen in die Friedensverträge ausgesprochen. Dem Beitritt zur Gesellschaft für soziale Reform stimmt die Konferenz zu. Von einer Erziehung zur Generalkommission für den verstorbenen Genossen E. Döblin wurde Abstand genommen. Die Gewährung einer Teuerungszulage wurde mit Rücksicht darauf, daß die vorjährige Geschäftsregelung noch nicht ein volles Jahr reift, bis zur nächsten Vorstandskonferenz zurückgestellt.

Sodann beschäftigte sich die Konferenz mit einer Einsache betreffs der gesetzlichen Regelung der Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung über welche Umkreis das Reichswirtschaftsamt erstattet. Die Generalkommission hat einen vorbereitenden Anschlag eingeleitet, der für die gesetzliche Regelung eine Reihe von Vorschlägen nebst Begründung entgeordnet hat. Der Anschlag hat sich für eine Zwangsversicherung gegen Arbeitslosigkeit ausgesprochen, die in der

valdenversicherung einfließen. Der Versicherungsbeitrag soll sich auf alle Arbeiter und Angestellten bis 5000 Mk. Jahreseinkommen erstrecken; die Beiträge sollen je zur Hälfte von Versicherten und deren Arbeitgeber aufgebracht werden. Das Reich zahlt den Arbeitslosen ein Drittel ihrer jährlichen Unterstützungsansprüche hinzu. Für die Beitragsenthebung soll ein Zuschlag zu den Invalidenversicherungsbeiträgen festgesetzt und die Ausgabe neuer Marken und Karten auf die der Invalidenversicherung nicht unterliegenden Angestellten mit über 2000 Mk. Jahreseinkommen vorgezeichnet werden. Die Versicherungsanstalten haben den für die Arbeitslosenversicherung zu erhebenden Beitragsanteil an die Arbeitslosenklassen abzuführen, von denen je eine Klasse für jeden Bezirk einer Versicherungsanstalt errichtet wird. Die Arbeitslosenklassen errichten in allen größeren Gemeinden Verwaltungsstellen, denen die Auszahlung der Unterstützung und die Regelung des Verkehrs mit den Arbeitsnachweisen und Berufsvereinen obliegt. Die Berufsvereine mit Arbeitslosenunterstützung sollen möglichst in das Verwaltungssystem der Arbeitslosenunterstützung eingefügt werden, die Auszahlung der Unterstützung und die Kontrolle der Arbeitslosen übernehmen und vom Reich ebenfalls ein Drittel ihrer eigenen Unterstützungsansprüche zurückerhalten. Die Reichsarbeitslosenunterstützung soll nach Lohnklassen abgestuft werden, aber mindestens die Hälfte des ortsüblichen Tageslohns betragen und längstens bis zur Dauer von 20 Wochen gezahlt werden. Unterstützung wird nicht gewährt bei Arbeitslosigkeit infolge von Streik oder Aussperrung sowie bei Erwerbsunfähigkeit infolge Krankheit, Unfall oder Invalidität. Die Unterstützung kommt in Begleit, wenn dem Arbeitslosen eine seinen Kräften und Fähigkeiten sowie seiner bisherigen beruflichen Tätigkeit entsprechende Beschäftigung nachgewiesen wird. Doch kann er eine durch Streik oder Aussperrung freigebliebene Stelle ablehnen, ebenso eine solche, die den bestehenden Tarifvereinbarungen widerspricht. Die Verträge über Arbeitsvermittlung entscheiden denen der Gewerkschaftsgruppen vom März 1913, denen damals auch der Reichstag zugestimmt hat. Einige Uebergangsvorschriften sollen schließlich bis zum Inkrafttreten der gesetzlichen Regelung dieser Materien die Erwerbslosenhilfe und die Arbeitsvermittlung während der Uebergangswirtschaft sicherstellen.

Der Reichstag befaßt sich eingehend mit der Frage, ob das vorgeschlagene System der Zwangsversicherung mit den Beschlüssen der Gewerkschaftskonferenz vereinbar sei. Er wies nach, daß von dem Statutarer Kongreßbeschlusse (1902), der die staatliche Förderung der gewerkschaftlichen Selbstversicherung verlangte, bis zum Münchener Kongreßbeschlusse (1914), in dem eine öffentlich-rechtliche, allgemeine, obligatorische Versicherung gefordert wird, eine Modifizierung in der Richtung zur Zwangsversicherung erkennbar sei, in der das Genter System in die Rolle einer Uebergangseinrichtung juristretete. Nach dem Kriege könne ein solcher Uebergang angesichts der wachsenden Arbeitslosigkeitsgefahr und der Verantwortlichkeit des Reiches für diese nicht mehr in Frage kommen. Auch dürfe man den Gewerkschaften nicht die Kosten für diese Arbeitslosigkeit aufbürden, sondern es bedürfe der öffentlich-rechtlichen Arbeitslosenversicherung. Deshalb sei die Zwangsversicherung vorzuziehen. Die Konferenz stimmte den Verträgen und der Begründung mit einigen wenigen reaktionellen Änderungen zu. Die Eingabe soll mit den übrigen Gewerkschaftszentralen zum Zweck gemeinsamer Einreichung an die gesetzgebenden Körperschaften beraten werden. Die Leiterin des Arbeiterinnensekretariats, Fraulein Hanna, ersucht die Reichsregierung, für die Ausbildung von Funktionärinnen für den weiblichen Fürsorgedienst geeignete weibliche Mitglieder in Vorschlag zu bringen.

Am weiteren beschäftigt sich die Konferenz mit der Organisation der Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten. Nach einleitenden Darlegungen Legions sowie nach Mitteilungen des Genossen Rammeyer über die Entwicklung des Bundes der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer, seine Bestrebungen und seinen bevorstehenden Bundestag in Weimar, wurde das Für und Wider einer Stellungnahme zu diesen Organisationsbestrebungen lebhaft erörtert und schließlich folgende Erklärung gegen 2 Stimmen angenommen:

„Die Konferenz, sieht keinen Anlaß, zu dem Bunde der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer in befürwortendem oder ablehnendem Sinne Stellung zu nehmen. Gegen die Förderung des Bundes durch Gewerkschaftsfunktionäre bestehen keine Bedenken. Eine Verpflichtung in dieser Hinsicht kann jedoch niemand auferlegt werden. Die Entsendung einer Delegation zu dem einberufenen Bundestag wird der Generalkommission anheimgegeben.“

Die Beteiligung der Gewerkschaften an der vom Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge in Aussicht genommenen Sammlung für die Kriegsbeschädigten war Gegenstand langer Erörterungen. Die Sammlung bezweckt, die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten nicht nur auf das alternativen alte beschrankte gesetzliche Armenwesen hinaus zu erweitern und auch in Fällen, in denen die öffentliche Fürsorge verlagert wird, einzugreifen. Die ersten Mittel dieser Art werden in Unternehmungen in Höhe von 30 Millionen Mark ausgedrückt. Der Reichsausschuß wandte sich gegen solche besonderen Sammlungen, weil die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten einheitlich geregelt werden müsse. Die Industriellen übergeben darauf den Fonds an den General von Lindemann der ihn dem Reichsausschuß anvertraut. Anschließt der unacharner Kriegsopfer

muß jedoch auf weitere Mittel gerechnet werden. Es sollen nunmehr Sammlungen in allen Kreisen der Bevölkerung, auch unter der Arbeiter- und Angestelltenklasse, für die Erhöhung der Kriegsbeschädigtenfürsorge eingeleitet werden. Nach diesen Darlegungen wurde die Beschlußfassung auf der Konferenz ausgesetzt, um den Gewerkschaftsvorständen Gelegenheit zu eingehender Information und Stellungnahme zu geben. Die Abstimmung soll schriftlich geschehen. Die Statistische Kommission hat einige Änderungen der Gewerkschaftsstatistik in bezug auf die Trennung der Gewerkschaftsausgaben nach männlichen und weiblichen Mitgliedern und hinsichtlich der Vornahme einheitlicher Erhebungen über Arbeitsdauer und Löhne in Fristen von 5 bzw. 10 Jahren vorge schlagen, denen die Konferenz zustimmte.

Beim letzten Verhandlungspunkt „Verschiedenes“ wurde auf die von der Gesellschaft für soziale Reform für den 14. April d. J. anberaumte sozialpolitische Kundgebung in Berlin hingewiesen und um eine möglichst starke Beteiligung der Gewerkschaften auch außerhalb Berlins ersucht. Zur Sammlung und Bearbeitung der kriegswirtschaftlichen Erfahrungen hat das Reich eine wissenschaftliche Kommission unter Leitung des Staatssekretärs a. D. Dr. Delbrück eingesetzt. Die Kommission wünscht auch die kriegswirtschaftlichen Erfahrungen der Gewerkschaften in ihre Untersuchungen einzubeziehen und ersucht um Einfindung von Berichten über solche. Die Reichsregierung wird den einzelnen Gewerkschaftsvorständen nahegelegt.

Der Volksbund für Freiheit und Vaterland sucht für sein jändiges Bureau einen Sekretär. Geeignete Meldungen aus Gewerkschaftskreisen werden als besonders erwünscht bezeichnet.

Zum Schluß fand eine Aussprache über die Demobilisierung der Kriegsteilnehmer und die Mitarbeit der Gewerkschaften in Bayern statt, bei welcher auch die Grundzüge der Demobilisierung in Preußen berührt wurden.

Rundschau

Schein und Wirklichkeit. Das alberne Geschwätz über die hohen Löhne der Arbeiter erfährt eine treffliche Beleuchtung durch eine Aufstellung, die ein Bergarbeiter über die nach vor zwei Jahren üblichen Preise für Familienbedarfsartikel angefertigt hat, stützend auf genauen Umfragen in den Geschäften und bei Verbrauchern. Die „Bergarbeiter-Zeitung“ gibt daraus folgende Vergleichszahlen:

	1916	1917	1918
für Arbeitshuhe . . .	15 Mk.	25 Mk.	60 Mk.
für Sonntagschuh . . .	18	30	65
für Arbeitsanzug . . .	15	30	50
für Sonntagsanzug . . .	50	120	250

Die Preise sind also im letzten Jahr um gewaltigsten gesteigert worden. Für unentbehrliche Bedarfsartikel müssen heute mindestens 300 Prozent mehr gezahlt werden als vor dem Kriege. Ein anderer Arbeiter, der im Januar 1918 heiratete, hat nach seiner Angabe folgende Preise in einem Möbelgeschäft zahlen müssen:

	Preis vor dem Kriege:
für ein einfaches Bett . . .	1150 Mk. 200,- bis 250,- Mk.
für einen Stuhl . . .	500 „ 75,- bis 120,- „
für einen Esstisch . . .	25 „ 250 bis 450 „
für ein Leinentuch . . .	125 „ 6,- bis 10,- „

Selbst Kartoffeln haben heutzutage einen dreifach höheren Preis als in Friedenszeiten, von den Kartoffeln ganz zu schweigen, die im Schleichhandel zu zehnfach höheren Preisen als in Friedenszeiten erworben werden. Mit vollem Rechte haben auch die christlichen Gewerkschaften jüngst in der bürgerlichen Presse erklären lassen: „Es kommt bei Beurteilung der Lohnhöhe doch zunächst auf die Kaufkraft des Geldes an. Und da muß berücksichtigt werden, daß die Preise für die rationierten Lebensmittel im Durchschnitt um 120 Prozent gestiegen sind; daß Arbeitsanzüge und Wäsche um 700 Prozent, Schuhe und Kleider um 200 bis 300 Prozent teurer wurden. In ähnlichem Maße reihen sich die Preise für die übrigen Bedürfnisse des Arbeiterhaushalts, soweit sie überhaupt zu haben sind, an. Das dürfte beweisen, daß die Löhne im Verhältnis zu ihrer Kaufkraft nicht gemachsen sind. Dem schaffenden Unternehmer mißgönnt die Arbeiterchaft keineswegs einen ordentlichen Vermögenszuwachs. Als allzuhoch bezeichnet die Arbeiterchaft aber die mühselosen Masseneinkünfte beteiligter Finanzfreier.“ Wo sind aber die um 100 bis 700 Prozent gestiegenen Löhne? „Im allgemeinen sind die Löhne nicht über 50 Prozent gestiegen.“ erklären die der „Oberei“ ganz unverbätigen christlichen Gewerkschaften Kölns. Die Lebenslage der Arbeiterklasse muß sich also trotz den „enormen“ Löhnen sehr verschlechtert haben. Ausnahmen ändern daran nichts. Wichtig ist, daß die Schichten der Neubildeten, auch der kleine Mittelstand, die Teuerung noch weniger ausgleichen konnten als die Industriearbeiter. Ihnen fehlen die Organisationen, die auch in der Kriegszeit wenigstens einigermaßen einen Ausgleich schaffen können.

Kortidreien der Reichswohnungsreform. Die Reformtätigkeit des Reichs auf dem Gebiete des Wohnungswesens ist neuerdings in bemerkenswerter Weise in Fluß gekommen. Nachdem das Reich

